

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

möchte, auf der wir auch über die *LA* hinaus weiterschreiten? Wollen wir ungeschminkt sehen, wie es in unserem Lande bestellt ist, um zu helfen, wo es nur geht? Sind wir bereit, alles zu opfern für unser Vaterland, das uns so unendlich viel gegeben hat? Haben wir verstanden, daß wahre Vaterlandsliebe sich, wie 1291, um das Eine bemüht: Was kann ich dazu tun, daß mein Land von Gott geleitet wird? Bin ich bereit, mir von Gott zeigen zu lassen, nicht nur, was ich tun kann, sondern, was ich tun muß? Habe ich einen Plan, wie ich meine Kräfte in den Dienst der Familie, der Schule, der Öffentlichkeit stellen kann? Ich bekenne: Mir war das neu, einmal so gründlich von vorne beginnen zu müssen. Halb neu, das geht nicht, es muß ganz neu begonnen werden!

Sebrun, August 1939.

Alfred Stüfelberger.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Eigentümlichkeiten unserer Landesausstellung. / Weitere Bemerkungen zur Frage der Aberfremdung / Pressefreiheit und Neutralität.

Wenn das nächste Heft dieser Zeitschrift erscheint, wird unsere Landesausstellung ihre Tore geschlossen haben. Worauf Millionen von Miteidgenossen lange Jahre hindurch hofften, was Millionen von Landsleuten und Fremden vom Frühling bis zum Herbst bestaunten, wird in das Reich schöner Erinnerung entschwunden sein. Bevor es aber dazu kommt, möchten wir nochmals durch die Hallen streifen und die Eigentümlichkeiten unserer Heimatschau festhalten. Wie leicht könnte es sich sonst ereignen, daß vor lauter kleinen und großen Einzeldingen die wesentlichen Grundzüge der Ausstellung außer Acht und Andenken fielen! Allerdings ist zu sagen, daß die schlimmen Zeitläufte dieser Gefahr bereits einigermaßen begegnen. Den Tagen der hohen Begeisterung und des fast unbeschränkten Genusses sind nun Tage tiefsten Ernstes gefolgt, und in den Augen der Beschauer spiegeln sich heute gewiß viel mehr als früher die echten, bleibenden Werte. So leid uns der jähe Abbruch des gewohnten Lebens infolge der Kriegswirren und der Grenzbesetzung sein muß, so dankbar dürfen wir andererseits doch dafür sein, daß es uns vergönnt ist, die Ausstellung auch noch im Lichte einer ernstern Wirklichkeit zu schauen.

Was sagt uns die Ausstellung über die Beziehungen des Schweizervolkes zur Natur? Wir brauchen nicht einmal die Zahlen der Statistik abzulesen, die eine starke Verminderung der in der Urproduktion tätigen Bevölkerung nachweisen, um zu erkennen, daß sich unser Volk grundsätzlich von der Natur immer weiter entfernt hat. Die Hauptrollen spielen das Geistige, das Technische, das Kaufmännische und der Verkehr, alles Tätigkeiten, bei denen die direkte Beziehung zur Natur ausgeschaltet ist. Ja selbst dort, wo der Mensch noch mit der Natur in Beziehung steht, wie in der Landwirtschaft, drängen sich Wissenschaft und Technik mit Macht zwischen hinein. Die Rehrseite dieser Tatsache der Naturentfremdung bildet eine sehr deutliche Reaktion auf die Natur hin, wie wir sie etwa im Jugendhaus, in der Klubhütte und in den zahlreichen Blumen- gärten beobachten. Man kann hier auch etwa die vermehrte Achtung pflanzlicher Heilmittel und des Holzes als Baustoff einrechnen. Bei alledem kommt man indes nicht darum herum, festzustellen, daß dieser Gang zur Natur nicht einer grundsätzlichen, sondern nur einer reaktionären Einstellung entspringt. Man sucht also

in der Natur nicht das Leben, sondern bloß Entspannung und Erfrischung für ein Leben ohne Natur.

Die menschliche Geschäftigkeit hat in unserem Volke — wie die Ausstellung ebenfalls dargetut — einen äußerst hohen Grad erreicht. Es fiebert alles nach Höchstleistungen in Quantität und Qualität, aber auch nach Ansehen und Gewinn. Der Uhrenpavillon mit seinen ungezählten Wunderwerken kleinsten und die Elektrizitätsabteilung mit ihren ungezählten Wunderwerken größten Formates mögen als Beispiele erläutern, was ich meine. Man könnte ebensogut an die Halle der Maschinen und Metalle erinnern. Unter dem Titel „Soll und Haben“ bekommen wir dazu einen Eindruck von der Bedeutung des Geldes und des Handelns mit dem Gelde, welche Bedeutung wohl diejenige der Industrie noch übertrifft. Die Schweiz erscheint so gewissermaßen als ein Kulminationspunkt des Welthandels, wie sie andererseits auch erstklassige Industrieprodukte erzeugt. Diese Tatsachen haben ihre Vorteile und ihre Nachteile. Die Vorteile bestehen in der Ermöglichung einer — trotz aller gegenteiliger Behauptungen — doch optimalen Existenz und in dem Mitreden eines wichtigen Wortes bei Welthandel und Weltindustrie; die Nachteile dagegen bestehen in einem sehr einseitig auf fachliche Tätigkeit und günstigsten Gelderwerb gerichteten Volksleben, dazu aber auch noch in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland. Ein weiterer Nachteil scheint mir darin zu liegen, daß die industrielle und handelsmäßige Großtätigkeit die handwerklichen Kleinbetriebe erstickt. In der ganzen Schau wird ein aufmerksamer Beobachter dessen gewahr werden. Was ist überhaupt noch aus Handwerksbuden gekommen? Fast wirken jene Werkstätten in der Abteilung „Kleider machen Leute“ symbolisch, in denen die Schneider ohne Seitenfenster, also gewissermaßen „ausichtslos“ ihrer Arbeit obliegen müssen.

Gehen wir zu Kunst, Wissenschaft und Technik über, so gilt für die beiden letztgenannten Gebiete, daß sie eine vollkommene Umwälzung im Leben hervorgerufen haben. Wer wollte heute nicht „wissenschaftlich“ denken oder seinen Beruf nicht „wissenschaftlich“ betreiben? Ein solcher Mensch wäre von vornherein „geliefert“. Nicht umsonst hat die Eidgenössische Technische Hochschule — ein rühmender Beweis übrigens für ihre Leistungsfähigkeit — an allen Ecken und Enden so zahlreich ausgestellt. Auch die Universitäten stehen dabei nicht zurück. So begleitet einen der rote Faden der Wissenschaft von Anfang bis zu Ende durch die ganze Ausstellung, deren Thematik er bestimmt, von der Vermessungswissenschaft über Pharmazentik und Anatomie, über Chemie und Flugzeugbau bis in die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft, wo immer wieder die wissenschaftlichen Erkenntnisse für das menschliche Handeln maßgebend sind. Welche Kühnheiten menschlicher Konstruktionen entstehen beispielsweise in der Arzneimittelfabrikation oder in der Fabrikation elektrotechnischer Apparate vor uns! Muß man den Schweizer von heute nicht einfach bewundern? Auch diese wissenschaftlich-technische Grundeinstellung — daß sie auch die Schulen beherrscht, ist fast unnötig zu sagen — hat indessen ihre Rehrseite: Unsere Mitbürger laufen Gefahr, das Leben überhaupt als wissenschaftlich-technisches Problem zu behandeln. Sie wollen auf jeglichem Gebiete einen Wohlstand wissenschaftlich begründen und technisch konstruieren. Wie aussichtslos dies im Grunde ist, zeigt ein Vergleich der raffinierten Heilmethoden für Kranke mit den Tatsachen des Geburtenrückganges und des Krieges. Schon sind indessen Rückschritte von dem gefährlichen Wege absoluter Wissenschaft und Technik festzustellen, etwa in der Heilkunde. Am klarsten stoßen die Merkmale dieser Wandlung indessen bei der Kunst hervor, die sich nach der ganzen Ausstellung — auch im Kunsthaus — grundlegend gewandelt hat von dem Streben absoluter Darstellung im Expressionismus zu einem klaren Impressionismus, der, allerdings bei freier Technik, doch darauf achtet, Wesen und Geist seiner Gegenstände zu schildern. In schöner Weise

scheinen mir die Plakate der vier bisherigen Landesausstellungen den künstlerischen Entwicklungsgang zu beleuchten: er verläuft von der realistisch-geschichtlichen Symbolik über das künstlerische Selbstbewußtsein zu der heutigen unbefangenen klaren Deutung der Wirklichkeit.

Vaterländischer Geist und soziale Gesinnung können den nächsten Gegenstand unserer Betrachtung in der Landesausstellung bilden. Der Leser denkt sofort an den Höhenweg, wo ihm das Vaterland in unübertrefflicher Weise nahe gebracht wird. Da schauen wir aufs Neue Bodengestalt und Volkstum, da wird uns der wahre, praktische Heimatschutz eindrücklich, da leuchtet uns das Eigenleben von 24 Ständen und 3000 Gemeinden entgegen, da lernen wir ermessen, was Zusammenwirken bedeutet, da erhärtet die geschichtliche Erfahrung den humanrichtigen Grundgedanken unserer Politik, da stehen wir ehrfürchtig vor den Männern, die unsere Vergangenheit für die Menschheit so wertvoll gestalten, da erfahren wir den Wehrwillen, der unsere Heimat schützt, und da mündet unsere ernste Betrachtung in ein Treuegelöbniß zur Heimat aus. Ja gewiß, dieser Höhenweg ist wohl die schönste Tat der ganzen Ausstellung, und er ist das, weil er eine geistverbindende Tat, eine Tat der Gemeinschaft ist. In den früheren Ausstellungen gab es keinen Höhenweg — weil man keinen brauchte; jetzt aber war es höchste Zeit, über all dem Individuellen, Fachlichen, Wissenschaftlichen, Technischen auch das Volk darzustellen, die volksverbindenden Gefühle sprechen zu lassen, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Höhenweg, aus der Not der Zeit heraus geboren, dem Volke zu einem Bindemittel bester Art geworden ist. Überhaupt möchte ich hinweisen auf die für die Gegenwart kennzeichnende Stärkung des sozialen, gemeinschaftlichen Lebens. Schon äußerlich tritt sie in der Ausstellung dadurch zu Tage, daß meistens nicht Einzelfirmen, sondern ganze Fachverbände von Firmen zusammen ausstellen. Dann bemerken wir aber auch, daß Bauern und Arbeiter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Konsumenten und Produzenten alle in sozialen, gesellschaftlichen oder genossenschaftlichen Verbänden auftreten, daß der Staat als Volksgesamtheit an nicht wenigen Orten als Helfer und Stützer erscheint; ja selbst ein Geldgewerbe wie das Bank- und Versicherungsgewerbe hat fast ausschließlich soziale Formen angenommen. Es ist ohne Weiteres zuzugeben, daß solches ausgeprägtes Sozialleben dem Volke einen rechten Wohlstand bringt, aber nichtsdestoweniger müssen wir darauf bedacht sein, eine gewisse eigene Existenzfähigkeit des freien Eidgenossen zu erhalten.

Die Landesausstellung läßt uns aber auch einen Blick in das sittliche und religiöse Leben unseres Volkes tun. In dieser Beziehung ist sie vielleicht wahrer als auf irgend einem anderen Gebiete. Sie zeigt den Raum für kirchliche Kunst, sie verzichtet aber im „Dörfli“ auf eine Kirche; sie hält ihre Tore am Eidgenössischen Dank-, Buß- und Betttag, trotz gegenteiliger Vorschrift der kantonalen Gesetzgebung, offen wegen der angeblichen Notwendigkeit von Viehausstellungen, sie veranstaltet aber dafür in der Festhalle an diesem Tage des Morgens und des Abends Gottesdienste; sie läßt einen Verkaufstand für Bibeln zu, öffnet aber gleichzeitig ihre Räume für Modeschau und Dancing nachträglich bis morgens 3 Uhr und hat auch keine Bedenken wegen ihrer staatlich aufgezogenen Lotterie. Der ganze Zwiespalt des religiösen und sittlichen Lebens der Gegenwart findet da ein getreues Spiegelbild. Neu ist wohl nur jenes — gewiß auch zeitbedingte — gute Auskommen zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche, die sich beide überall, z. B. unter dem Titel der sozialen Hilfe, brüderlich nebeneinander finden. Da scheint sich wirklich eine Wandlung im gegenseitigen Verhältnis, nicht zuletzt unter dem Eindruck des Weltgeschehens, anzubahnen. Und dafür, daß auch bereits beiderseits die Jugend solche Wege der Einigung geht, ist wohl jener Christophorus Zeuge, um den sie sich ohne Unterschied der Konfessionen gemeinsam im „Jugendhaus“ schart.

* * *

Das Thema der *Überfremdung* wurde bereits im Dezember letzten Jahres an dieser Stelle diskutiert. Wir machten damals auf die „Schutz- und Trutzaktion“ aufmerksam, welche unter der Devise „Die Schweiz den Schweizern!“ unseren Landsleuten wieder ihr Recht in der Heimat verschaffen möchte. Ein anderes Mal ist von den „Flüchtlingsangelegenheiten“, von den Emigranten, die Rede gewesen, welche seit dem letzten Jahre die Schweiz bevölkern. Das ganze Problem kommt nun je länger je weniger zur Ruhe, besonders wegen der schwierigen Zeitumstände, und deshalb sollen ihm hier einige weitere Bemerkungen gewidmet werden.

Sozusagen am Eingang des Höhenweges ergreift die Bevölkerungsstatistik das Wort und schildert uns drastisch den Zustand und die Vorgänge in unserem Volke. Viel Aufsehen hat da besonders jene figürliche Darstellung gemacht, wo acht Hochzeitspaare einherziehen, das achte davon jedoch unter einer Glasglocke abge sondert ist, weil es die Ehe jedes achten Schweizer mit einer Ausländerin zum Ausdruck bringt. Es ist fast nicht glaubhaft aber doch wahr, daß seit dem Jahre 1910 volle 78 000 Schweizerbürger Ausländerinnen heimgeführt haben, oder anders gesehen: daß volle 78 000 Ausländerinnen durch Heirat mit Schweizern unser Bürgerrecht erlangt haben. Diese statistische Beobachtung erhärtet sich auch aus örtlichen Feststellungen, die hier und dort gemacht werden, so z. B., wenn die Stadt Zürich für das Jahr 1937 528 Ehen mit Ausländerinnen bei total 2847 Ehen meldet oder wenn im Kanton Basel-Landschaft innert der gleichen Jahresfrist von insgesamt 645 Ehen nicht weniger als 125 Ehen Verbindungen von Schweizern mit Ausländerinnen darstellen. Direktor Brückweiler vom Eidgen. Stat. Amt hat also leider recht, wenn er in seiner Schrift „Wir als Viermillionen-Volk“ die Genugtuung über die Verminderung der Ausländer etwas dämpft mit dem Hinweis darauf, daß sehr viele der verschwundenen Landesfremden heute immer noch mitten unter uns sitzen, aber als — Schweizer! Wir können also heute in der Schweiz zu einem guten Teil eine *Überfremdung* haben, ohne daß wir das unserer Statistik, die auf den Bürgerbrief abstellt, überhaupt anmerken. Es wird allerdings häufig diskutiert, ob diese Heiraten mit Ausländerinnen dem Volk wirklich *Nachteile* bringen, und insbesondere ein längerer Meinungs austausch in der „NZZ“ hat die einzelnen Gesichtspunkte zu diesem Problem herausgestellt. Sehr eifrig wurden dabei die Fremdheiraten verteidigt: sie brächten frisches Blut ins Volk — und Bedenken wurden zu zerstreuen versucht: die fremden Mütter wüßten sich zu assimilieren, und wo das nicht der Fall sei, mache der Vater die schweizerische Gesinnung. Wir halten die ganze Erscheinung nichtsdestoweniger für bedenklich, denn es ist, trotz aller Angleichungsfähigkeit unseres Volkes, bei jeder Ausländerheirat etwas mit im Spiele, das volles Schweizertum hemmt. Bekämpfen läßt sich dieser Mißstand gewiß nicht einfach mit Worten, sondern einzig und allein damit, daß wir das Ziel unserer Mädchenerziehung grundsätzlich ändern, nämlich auf die *Fraulichkeit* und nicht auf die *Selbständigkeit* hinarbeiten.

Daß man die *Überfremdung* nur bedingt damit beseitigen kann, daß man die Ausländer Schweizer werden läßt, ist eben dargetan worden. Diese Beobachtung gilt insbesondere auch für die *Einbürgerung*. Wir haben Beispiele genug, wie die Einbürgerung fremden Sinn und Geist noch lange nicht ausschließt. Viele Jahre hindurch hat man aber bei der Erteilung des Bürgerbriefes einzig auf die formalen Erfordernisse geachtet und sich mit der Wahrscheinlichkeit einer späteren Assimilierung begnügt. So hatte der Chef der eidgen. Polizeiabteilung, Dr. Rothmund, recht, als er feststellte: „Die Schweiz hat, außer geringen Ansätzen, keine *Einbürgerungspolitik* getrieben; sie hat sich allein mit den Einbürgerungsge suchen von Ausländern befaßt.“ Heute sehen wir nun die Stimmung sehr gewendet. Wir haben von Gemeinden gehört, die überhaupt bis auf weiteres jede Bürgerrechtsaufnahme ablehnen. Die große Mehrzahl der Gemeinden geht indessen

nicht so weit, sondern hat — wie etwa die Stadt Zürich — die Voraussetzungen für die Aufnahme verschärft. Bewerber müssen sich jetzt zehn Jahre in der Schweiz und mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Zürich befunden haben. Schon rühmt sich auch die sozialistische Stadtverwaltung, es seien im Jahre 1937 bloß 300 Landesfremde eingebürgert worden; die Zahl der Einbürgerungen sei seit dreißig Jahren nie mehr so klein gewesen wie jetzt. Es wird aber jedenfalls doch noch lange gehen, bis das Volk die u. a. von dieser Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Einbürgerung begangenen Fehler verschmerzt hat! — Veranlaßt durch die öffentliche Diskussion der Einbürgerungsfrage hat sich nun das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement an eine Revision der dafür geltenden Rechtsnormen herangemacht. Wie man hört, soll darnach die Einbürgerung vorsichtiger gehandhabt werden, insbesondere aber möchte man die Nachkommen von Ausländern rascher in die Eidgenossenschaft eingliedern. Dem von den totalitären Staaten geübten Ausbürgerungsrecht soll man dabei nicht gewogen sein. Mögen nun die kommenden Vorschläge lauten wie sie wollen: Eines ist sicher, daß nämlich die Revision notwendig ist und mit Spannung erwartet wird.

Durch die in den letzten Jahren aus Deutschland und Österreich eingewanderten Fremden hat unser Überfremdungsproblem einen neuen Aspekt gewonnen. Es handelt sich um eine fast geschlossene Schar von Juden, deren Zahl von der einen Seite auf 10—12 000, von einer anderen Seite auf 20 000 beziffert wird. Ich habe schon seinerzeit, als ich erstmals auf diese Flüchtlinge zu schreiben kam, die Befürchtung ausgesprochen, es werde von diesen Leuten schon noch etwas in der Schweiz hängen bleiben. Diese Befürchtung hat sich nun auch als richtig erwahrt. Bereits sind ein oder zwei Jahre vergangen seit ihrer Ankunft und noch immer stecken sie innerhalb unserer Tore. Bis zum Überdruß haben wir davon gehört, daß die Schweiz für diese — an sich gewiß bedauernswerten — Leute nur ein Transitland bilden könne, und daß sie selbst alles tun müßten, um anderwärts dauernde Unterkunft zu finden; auch unsere Behörden würden alles daran setzen, um die endgültige Auswanderung so rasch wie möglich zu fördern. Aber wie wenig ist seither erreicht worden und was wird noch erreicht werden können, nachdem nun einmal der Krieg ausgebrochen ist? Nicht selten scheinen sich die Emigranten auf die Gutmütigkeit des Schweizer Volkes zu verlassen. So konnte man in den „Neuen Zürcher Nachrichten“ aus der zuständigen Feder des Leiters einer Hilfsstelle folgende Schilderung lesen: „Wir haben Fälle erlebt, in denen wir uns . . . größte Mühe gaben, ein Visum . . . zu erlangen. Nachdem uns das mit großen Opfern gelungen war und wir auch bereit waren, die nicht unbeträchtlichen Überfahrtskosten auf uns zu nehmen, erklärten uns die Betreffenden mit der größten Seelenruhe, nicht ausreisen zu wollen, weil es ihnen in der Schweiz besser passe und sie sich auch ohne uns hier durchschlagen würden.“ Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat wohl in Sachen Überfremdung heute keine dringendere Aufgabe, als dafür zu sorgen, daß diese Leute unsere Zukunft nicht auch noch belasten.

* * *

Es trifft sich eigenartig, daß mitten in die Beratung eines neuen Verfassungs=Presseartikels hinein ein Bundesratsbeschluß „über den Schutz der Sicherheit des Landes im Gebiet des Nachrichtendienstes“ (vom 8. September 1939) fällt, der die befürwortete Pressefreiheit starken Einschränkungen unterzieht. Der Bundesrat beauftragt darin das Armeekommando, „zur Wahrung der innern und äußern Sicherheit des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität“ die Veröffentlichung und Übermittlung von Nachrichten und Äußerungen in der Presse usw. zu überwachen. Die dem Kommando zustehenden Maßnahmen bestehen „in Weisungen, in allgemeinen oder

besonderen Verboten, in Konzeptionsentzug, in der Verfügung der Konfiskation, in Zensurmaßnahmen, in der Einstellung des Betriebes oder ähnlichen Vorkehren". Uns interessiert an dieser Stelle besonders der Einfluß der Neutralität auf die Pressefreiheit; inwiefern bedingt die Neutralität ihre Einschränkung?

Wenn man an die Beantwortung dieser Frage herantritt, kann man sich nicht genug und zwar immer wieder aufs neue die völkerrechtliche Lage der Presse eines neutralen Landes vergegenwärtigen. In dieser Beziehung möchte ich auf jene treffliche Studie zurückgreifen, die Professor D. Schindler unter dem Titel „Neutralität und Presse“ zu Anfang dieses Jahres in der „Neuen Schweizer Rundschau“ veröffentlicht hat. Professor Schindler weist uns dort in erster Linie auf die Haagerkonvention vom Jahre 1907 über die Rechte und Pflichten der Neutralen hin, um dann festzustellen: einerseits, daß der Neutrale zu nichts verpflichtet ist, was ihm nicht ausdrücklich auferlegt ist, und andererseits: daß das Haager Abkommen kein einziges Wort über die Presse enthält. Hieraus läßt sich — der Verfasser sagt es allerdings nicht ausdrücklich — der Schluß ziehen, daß sich die Presse eines neutralen Landes wie der Schweiz grundsätzlich frei bewegen darf. In sehr einleuchtender Weise fährt Prof. Schindler dann fort: „Das Gesagte soll selbstverständlich nicht bedeuten, daß ein Staat, der entschlossen ist, in jedem Kriege neutral zu bleiben, im Frieden tun und lassen kann, was er will. Er wird schon im Frieden eine Politik vermeiden, die ihm im Kriegsfall die Neutralität unmöglich macht. Es ist deshalb für die Schweiz selbstverständlich, daß jeder Versuch, sie in den Gegensatz der Großmächte einzuschalten, strikte zurückgewiesen wird. Darüber hinaus hat die Schweiz sich häufig im Interesse ihrer internationalen Beziehungen Schranken auferlegt, die völkerrechtlich nicht notwendig gewesen wären, und die die Schweiz keinesfalls als Rechtspflicht gegenüber dem Ausland anerkennen kann“. Was hier für Friedenszeiten gesagt ist, wie viel mehr muß das für die heutige Kriegszeit gelten! Die Situation stellt sich also folgendermaßen dar: Völkerrechtlich ist unsere Presse frei in ihrer Meinungsäußerung, und es hat kein Staat einen Rechtsanspruch auf irgendwelche Beschränkung dieser Pressefreiheit. Dagegen können und müssen interne Überlegungen unseren Staat veranlassen, der Presse Zügel anzulegen, damit nicht durch ihre Schreibweise der selbst gewählte Standpunkt der Neutralität gefährdet wird. Wenn also Maßnahmen gegenüber der Presse ergriffen werden, so ergehen sie wohlverstanden nicht deswegen, weil wir sonst nicht neutral wären, sondern im Sinne von polizeilichen Maßnahmen „zur Aufrechterhaltung der Neutralität“ — wie sich der Bundesrat ja auch ausdrückt —, also zum Schutze des Staatsgrundsatzes der Neutralität.

Viele haben nun dem Bundesratsbeschuß vom 8. September entnommen, daß die Pressefreiheit aufgehoben sei. Diese Meinung geht fehl. Die Presse ist und bleibt grundsätzlich frei. Nur militärische Nachrichten darf sie verständlicherweise nicht publizieren, und sie darf auch nicht die öffentliche Sicherheit und die Neutralität gefährden. Wir verstehen alle, wie das gemeint ist. Wenn eine Zeitung sich hiergegen vergeht, dann muß sie auf Grund der eingerichteten Überwachung Maßnahmen gewärtigen. Es kann bei niemandem einem Zweifel unterliegen, daß solche Maßnahmen notwendig sind. Höchstens mag fraglich sein, ob es angezeigt war, die Presseüberwachung, die sich doch sehr stark auch auf politische Dinge bezieht, dem Armeekommando anzuvertrauen, und Bedenken können auch laut werden wegen der künftigen praktischen Handhabung des Beschlusses. Vor die Frage gestellt, ob zivile oder militärische Überwachung vorzuziehen sei, hätten auch wir uns mit der „Thurgauer Zeitung“ und der „NZZ“ für die zivile Überwachung entschieden, denn die Erfahrungen mit der militärischen Überwachung während des letzten Weltkrieges waren nicht erfreulich. Nachdem sich nun der Bundesrat aber einmal für das Armeekommando entschieden hat,

wollen wir hoffen, daß diesem jene sachkundigen und anpassungsfähigen Zensoren zur Verfügung stehen, deren es für die Durchführung einer so delikatsten Aufgabe bedarf.

Büla ch, am 25. September 1939.

Walter Hildebrandt.

Zur Lage.

Nun ist das schwere Geschick von neuem über Europa eingebrochen, das zu vermeiden vergebliches Bemühen aller Gutgesinnten gewesen ist. Allein es lag seit Monaten — ursprünglich seit September 1938 — verstärkt seit November, als die „italienischen Aspirationen“ zum ersten Mal erhoben wurden, verstärkt ganz besonders seit der Besetzung Prag im März 1939 — ein Alpdruck über der alten Welt. So war das Bewußtsein der kaum vermeidbaren Waffenprüfung in den letzten Wochen und Monaten fast selbstverständlich geworden. Brachten nun auch die allerletzten Tage vor dem fatalen 1. September einen noch anschwellenden Nervenkampf und mochte — bei der oder jener Meldung — auch wieder ein kleiner Hoffnungsschimmer aufleuchten — im Grunde nahm man die dann schließlich doch erfolgte Entscheidung mit einem gewissen Fatalismus hin, gleichsam als Erfüllung einer Erwartung, die, mochte sie auch noch so schrecklich sein, schon längst den Charakter des fast Unvermeidbaren angenommen hatte.

Die Gegensätze zwischen den Mächten waren im Grunde schon seit Jahresfrist beinahe unüberbrückbar geworden — sie hatten gleichsam das Ausmaß historischer Größe angenommen. Denn es handelte sich nicht allein um die Frage des Lebensrechtes dieses oder jenes Volkes, und das oft gestellte Problem der „Habenden und der Habenichtse“ hatte bereits recht extensive, drohende Gestalt angenommen: hier ging es und konnte es nach allem Vergangenen nicht darum gehen, „gewisse Ungerechtigkeiten eines Vertrages zu beseitigen“, sondern in letzter Linie um die Schaffung einer Lage, die so gearbeitet war, daß aus ihr niemals wieder auch nur der Versuch zur Wiederholung der Prozeduren von 1918/19 unternommen werden konnte. Daß aus diesen Verhältnissen in letzter Linie ein Machtkampf zwischen den Begründern jenes Vertrages, die auch heute noch im Wesentlichen seine Nutznießer sind und den damals Unterlegenen oder Zukurzgekommenen unausweichlich werden mußte, das war das tragische Bewußtsein, das den beobachtenden Europäer in den letzten Monaten täglich bewegte.

Daß das Deutsche Reich unter der Führung Hitlers seit Jahren entschlossen war, das Vertragsgebäude von Versailles nicht etwa nur gleichsam Stein um Stein abzutragen — wie es im Anfang der konsequenten Aktionen in Europa (Saar, Wiederaufrüstung, Rheinland) den Anschein haben konnte —, sondern in allen seinen, auch den außereuropäischen Teilen niederzureißen und bei solcher Gelegenheit gerade soviel von anderen Positionen mitzureißen, als dies zu einem grundlegenden Umschwung der Machtverhältnisse erforderlich schien — ich glaube nicht, daß ein einziger, der das neue Reich auch nur etwas kannte, den geringsten Zweifel an diesen Absichten hegen konnte. Genau so feststehend aber war für den Beobachter die Tatsache, daß in der Leitung der Politik des Reiches alles, aber auch alles andere diesem Endziel im Einzelnen untergeordnet wurde. Es liegt auf der Hand, daß die Politik Hitlers in erster Linie darauf ausging, sich eine strategische Ausgangsstellung zu verschaffen, die ihm am Ende den zur Erreichung seiner letzten Ziele unvermeidlichen Waffengang mit den Westmächten als ein rein rechnerisch nicht ohne weiteres zu verwerfendes Wagnis erscheinen ließ. Diesem Ziele galt seine Politik. Alles andere stellte er bewußt in zweite Linie. Er war entschlossen, jedes erforderliche Opfer zu bringen, wenn er dadurch seinem Hauptziel näher kam.

Deshalb mußte auch die Politik Hitlers der letzten Jahre im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der Taktik gewertet werden. So hat er während Jahren den Bolschewismus mit scheinbar haßerfüllter Erbitterung bekämpft — und vor allem bekämpfen lassen (Franco!) —, in der es ihm niemand gleichtun konnte, um heute ein Bündnis von geschichtlicher Tragweite mit ihm zu schließen und den Legionen der roten Fahne die Straße nach den Karpathen, an die Grenze Mitteleuropa's freizugeben. So hat er, dessen Trachten und Denken in dem Begriff des Völkischen aufgeht, die deutsche Bevölkerung Südtirols dem italienischen Nationalismus zu beliebiger Verwendung überlassen, bezw. ihre Austreibung aus der Heimat stillschweigend gebilligt, weil im Interesse des einzigen Zieles das Verhältnis zu Italien in jeder Richtung gestützt werden mußte.

Die Westmächte haben gegenüber diesen Bestrebungen solange eine deutliche Passivität an den Tag gelegt, als die in gewissen Teilen unumgängliche Liquidation des Vertrages von Versailles auf Kosten anderer durchgeführt werden konnte. So haben sie den Anschluß Österreichs hingenommen und der Vernichtung der Tschechoslowakei zugesehen. Sie wären wohl auch bereit gewesen, eine weitere Etappe der Liquidierung auf Kosten Polens sich vollziehen zu sehen. Allein die Vorgänge um die Annexion des Restes der Tschechoslowakei im März dieses Jahres führte sie zu einer Schwenkung der von ihnen selbst jahrelang getriebenen Politik. Aus der Annahme heraus, daß die letzten Ziele Hitlers auch nach einer erheblichen Beschneidung oder gar der Zertrümmerung Polens nicht als erreicht gelten könnten, unternahmen sie den Versuch, sich einer über ein beschränktes Maß hinausgehenden Revision der deutsch-polnischen Grenzen zu widersetzen und so eine weitere Machtverschiebung zu Gunsten des Reiches zu verhindern, die früher oder später ihre eigene weltpolitische Stellung zu berühren drohte. In letzter Linie also wurde dieser Versuch kaum um Polens willen unternommen. Allein das Entscheidende war bei dieser Überlegung, daß Polen, dessen militärische Kapazität anscheinend nicht gering eingeschätzt wurde, die letzte Position der Westmächte im Osten darstellte und somit in absehbarer Zeit die letzte Möglichkeit in sich barg, Deutschland in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln.

Diese entscheidende m a c h t p o l i t i s c h e Konzeption hat Hitler mit unbestreitbarem diplomatischem Geschick durchkreuzt. Im Bewußtsein seiner eigenen starken Position in militärischer Hinsicht und in rascher Erkenntnis der Fehlrechnung der Westmächte in Bezug auf Rußland, gedachte er offensichtlich die Entscheidung nach Einbringung der deutschen Ernte zu erzwingen. Es ergab sich bald, daß die Einbeziehung Rußlands in die „Friedensfront“ aus dem historischen Gegensatz zwischen Rußland und Polen der praktischen Voraussetzungen entbehrte. Man weiß heute, daß die Verhandlungen der Westmächte in Moskau tatsächlich an der bis in die letzten Stunden aufrechterhaltenen Weigerung Polens scheiterten, russischen Truppen das polnische Territorium zum Einmarsch oder zum Durchmarsch freizugeben. Als die Westmächte nach dem ersten überraschenden Besuche Ribbentrops in Moskau den polnischen Widerstand endlich zu beseitigen vermochten, war es bereits zu spät. Rußland hatte die Teilung Polens erreicht. Man ist heute versucht zu sagen, das Schicksal Polens wäre ohnehin besiegelt gewesen. So war der Versuch der Westmächte, ihre letzte Position im Osten zu sichern und womöglich zu verstärken, aus den alten historischen Gegensätzen des Ostens heraus zum Scheitern verurteilt. Gleichzeitig sind heute die östlichen Etappen von Versailles endgültig erledigt.

So sehen sich England und Frankreich nun vor jene Entscheidung gestellt, auf deren Vermeidung ihre ganze bisherige Politik gerichtet war. Hitler wird von ihnen die Revision des Vertrages von Versailles nun auch in jenen Richtungen verlangen, wo sie selbst beteiligt sind. Man braucht dabei durchaus nicht an das Elfaß zu denken...

Nach etwas mehr als 4 Wochen Krieg findet sich das Deutsche Reich im Besitze bedeutsamer, vielleicht entscheidender Erfolge.

Polen ist besiegt, die Ernährungsbasis des Reiches zugleich um ein beträchtliches erweitert. Die östlichen Ansprüche Deutschlands und Rußlands sind einstweilen abgegrenzt. Gewiß sind die territorialen Erfolge Rußlands über Erwarten groß. Man wird unschwer in ihrem Ausmaß eine durch die Umstände bedingte, erhebliche Konzession des Reiches erkennen. Allein das Reich hat dadurch — und allem Anschein nach noch durch weitere Konzessionen, die sich auf das Baltikum beziehen — das für den Augenblick Wichtigste, die absehbare Sicherheit der Entlastung von einem Zweifrontenkrieg erreicht. Hitler hat auch hier wieder alle anderen Erwägungen der Erreichung seines Hauptziels, sich gegenüber den Westmächten in entscheidende Position zu stellen, hintangestellt. Der Preis, den er diesmal bezahlte, ist jedoch, auf lange Sicht berechnet, weit höher als alle Opfer, die das Reich im Zuge der von Hitler befolgten politischen Linie bisher gebracht hat. Die Machtverstärkung des bolschewistischen Rußland kann dereinst nicht allein für das Reich, sondern für ganz Europa zur Schicksalsfrage werden. Vielleicht aber hat sich das Reich mit dieser bolschewistischen Servitut letzten Endes selbst seine Fesseln, die ihm die Westmächte umzulegen gedachten, neu geschmiedet, die es in den letzten vier Wochen mit Glanz zerissen hat.

Allein solche Perspektiven liegen noch in unklarer Ferne. Zweifellos ist die Lage Englands und Frankreichs im Stadium der fünften Kriegswochen als sehr ernst zu bezeichnen. Man wird sich in dieser Hinsicht durch die Informationen der Korrespondenten unserer Blätter, die unter der direkten oder indirekten Zensur der „Informationsministerien“ von Paris und London stehen, nicht zu sehr beeinflussen lassen dürfen. Gewiß ist die Zukunft der Beziehungen Deutschlands und Rußlands und das Maß ihrer Zusammenarbeit auch für die nächste Zeit noch nicht abgeklärt. Allein das mindest feststellbare liegt in der Voraussicht, daß Rußland dem Reich für seine nun kommende Politik gegen Westen freie Hand gewähren und es in keiner Form zu einem virtuellen Zweifrontenkrieg nötigen wird. Deutschlands Wehrmacht, die in dem beispiellosen Kampfe gegen Polen erneut ihre Schlagkraft und die hervorragenden Eigenschaften ihrer Führer bewiesen hat, ist heute in der Lage, sich mit ganzer Vehemenz gegen Westen zu werfen.

Wir bezweifeln durchaus, daß sich Hitler heute damit begnügt, von den Westmächten nichts weiter als die Anerkennung des *fait accompli* — des neuesten und der bisherigen — im Osten zu verlangen. Jetzt dürfte er in der Lage sein, sich in einem Kriege mit England und Frankreich zu messen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob es den Westmächten gelingen würde, einen langen Krieg zu erzwingen, dem das Reich allerdings auch heute wohl kaum gewachsen wäre. Es ist dies eine Frage der moralischen Widerstandsfähigkeit, die entschlossen ist, auch schwere Niederlagen, die sich kaum vermeiden lassen werden, in Kauf zu nehmen. Allein die Beantwortung dieser Frage möge der Kenntnis jener überlassen bleiben, die noch kurz vor Ausbruch des Krieges die Stimmung in den breiten und den offiziellen Kreisen des Westens beobachten konnten. Ihr Urteil aber ist keineswegs einheitlich.

Bei der Beurteilung dieser Möglichkeiten scheint uns indessen ein Punkt bedenklich: es ist dies die Selbstverständlichkeit, in manchen Kreisen auch der Anschein von Selbstverständlichkeit, mit der die Neutralität Italiens in Rechnung gestellt wird. Wer so rechnet, ist sich über die taktischen Gewohnheiten der nationalsozialistischen und der faschistischen Politik anscheinend nicht im Klaren. So spricht man heute weder in der deutschen noch in der italienischen Presse ein Wort von den „italienischen Aspirationen im Mittelmeer“ und anderswo, deren Vertretung doch noch vor nicht allzu langer Zeit die Spalten und die Mikrophone füllte. Uns schiene es, es wäre die Aufgabe der neutralen Presse, anstatt dauernd von der Neutralität Italiens zu schreiben und damit bei dem naiven Leser den Eindruck zu er-

wirken, als weise die Achse wieder einmal Bruchstellen auf, einmal die Bedeutung dieses Stillschweigens zu erklären. Gewiß liebt das italienische Volk den Frieden — vielleicht mag auch, wie es so oft heißt, das italienische Königshaus dem Kriege abgeneigt sein —, allein zweifelt jemand daran, daß es angesichts der Disziplin des Volkes und der ungeheuren Propagandamittel, die heute dem totalitären Staat zur Verfügung stehen, dem Duce gelingen würde, Italien — für seine besonderen Ziele — an der Seite Deutschlands in den Krieg zu führen?

Realpolitisch gesehen — und aus der Mentalität der autoritären diplomatischen Taktik heraus — erscheint uns die augenblickliche Zurückhaltung Italiens durchaus in der Linie der gemeinsamen deutsch-italienischen Achsenpolitik zu liegen. Ein kleines Beispiel dafür bietet die jüngste italienische Friedensoffensive, die den Westmächten — besonders ihren Völkern — einzureden suchte, daß der Krieg eigentlich gar nicht begonnen habe, und daß es in die Hand des Westens gelegt sei, seinen wirklichen Beginn noch zu vermeiden . . .

Aber nicht nur in diesem Zwischenspiel ist die gemeinsame Taktik unverkennbar. Sie geht weiter. Aus ihr wird große Strategie, aus ihr werden historische Forderungen. Und an dem Tage, da das Reich — aus seiner heute denkbar starken Stellung — sein Friedensultimatum an die Westmächte richten wird, werden auch die bekannten Aspirationen Italiens von sich reden machen.

So wie sich die Lage heute darstellt, dürfte somit die „Neutralität“ Italiens vielleicht nur temporärer Natur sein. Möglicherweise ist der Tag nicht fern, da Frankreich die deutschen und italienischen Forderungen — erstere kolonialer, die andern ernsterer Natur — unter der Perspektive jenes Zweifrontenkrieges dargelegt werden, vor den die Westmächte Deutschland als ultima ratio zu stellen dachten . . .

England und Frankreich werden wohl in Kürze vor einer Entscheidung von historischem Ausmaß stehen: Aufgabe ihrer Verpflichtungen im Osten und damit Aufgabe ihrer vertragsmäßigen Kreditwürdigkeit — Aufgabe ihrer Vormachtstellung im Mittelmeer, in den Kolonien: also Aufgabe der Fundamente ihrer Großmachtstellung oder — Aufnahme eines Kampfes von gigantischem Ausmaß, ohne jede Position im Osten — bei zudem unsicherer russischer Haltung — gegenüber zwei Mächten, die entschlossen sind, einen kurzen Krieg, mit allen seinen Merkmalen, zu erzwingen . . .

Dann aber wird für Frankreich das historische Wort, das Joffre und sein damaliger Generalstabsoffizier Gamelin jenem berühmten Tagesbefehl zur Marne schlacht voranstellten, eine für Jahrhunderte schicksalschwere Bedeutung — mehr noch, als vor 25 Jahren — erlangen:

„Au moment où s'engage la bataille dont dépend le salut du pays . . .“

An der Grenze, 2. Oktober 1939.

J a n n v. S p r e c h e r.

Bücher Rundschau

Europäische und außereuropäische Streiflichter.

Irland.

Robert Bauer: Irland. Die Insel der Heiligen und Rebellen. Verlag Wilhelm Goldmann, Leipzig. 1938.

Die Geschichte Irlands ist ein erstaunliches Auf und Ab großer Hoffnungen und tiefer Enttäuschungen. Jede neue Schilderung dieses verworrenen Weges muß dankbare Aufmerksamkeit finden, sieht sich doch der festländische Beobachter vor der schwierigen Aufgabe, aus der Überfülle der Zeugnisse von irischer wie von eng-